

# ***Unsere Gleichstellungspolitik für BW auf neue Herausforderungen anpassen und aktualisieren***



LDK in Donaueschingen am 24./25.09.2022

Gremium: 41. Landesdelegiertenkonferenz in Donaueschingen  
Beschlussdatum: 25.09.2022  
Tagesordnungspunkt: V Sonstige Anträge und Resolutionen

1 Wir GRÜNEN in Baden-Württemberg arbeiten seit unserer Gründung an dem Ziel der  
2 Gleichstellung der Geschlechter. Leider sind wir von diesem Ziel nach wie vor  
3 noch weit entfernt. Weltweit stehen der Feminismus und der Kampf für die  
4 Gleichberechtigung aller Geschlechter unter Beschuss. Frauenrechte werden  
5 weltweit beschnitten, der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hat die  
6 humanitäre Lage zugespitzt, und die Klimakrise und auch die Corona-Pandemie  
7 haben insbesondere die Lage von Frauen und marginalisierten Gruppen verschärft.

8 Wir in Baden-Württemberg müssen unsere Gleichstellungspolitik fortschreiben und  
9 an die multiplen Krisen anpassen. Geschlechtergerechtigkeit ist ein  
10 gesellschaftliches Querschnittsthema, daher bringen wir eine übergreifende, auf  
11 alle Ebenen wirkende Gleichstellungsstrategie auf den Weg. Diese ist fest im  
12 Koalitionsvertrag für die Legislaturperiode 2021-2026 verankert: „Unser Ziel ist  
13 die umfassende Gleichstellung von Frauen und Männern in allen  
14 gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, kulturellen und  
15 digitalen Belangen. Deshalb werden wir eine ressortübergreifende  
16 Gleichstellungsstrategie für Baden-Württemberg entwickeln.“ Darüber hinaus  
17 fordern wir analog zum Klimavorbehalt einen Gleichstellungsvorbehalt. Das heißt  
18 konkret: Alle politischen Entscheidungen und Gesetze müssen zukünftig auf ihre  
19 geschlechtsspezifischen Auswirkungen hin geprüft werden.

20 Das Sozialministerium veröffentlicht im Frühling 2023 eine Studie, die als  
21 Bestandsaufnahme zur Lage der Gleichstellung im Land dienen soll. Wir als  
22 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN formulieren gleichzeitig weitere Instrumente, Projekte und  
23 Maßnahmen, die uns zu diesem Ziel führen.

## **Gleichstellung in den Landesbehörden**

25 Ziel ist, dass die Landesbehörden ein Klima schaffen, das die Gleichstellung der  
26 Geschlechter vorlebt und auch in der Umsetzung der Gesetzesvorhaben  
27 Gleichstellung überall mitdenkt. Hierzu nehmen wir uns in den Landesbehörden  
28 folgendes vor:

- 29 • Wir entwickeln das Chancengleichheitsgesetz auf Basis von  
30 Evaluationsergebnissen kontinuierlich weiter.
- 31 • Auf Führungsebene streben wir bis 2030 an, 50% der Stellen mit Frauen  
32 besetzt zu haben. Teilzeitmodelle dürfen keinen Karriere-Hinderungsgrund

33 mehr darstellen, sondern sollen von allen Geschlechtern gleichermaßen in  
34 Anspruch genommen werden.

35 • Um Gleichstellung in allen Projekten der Landesregierung einzuplanen, ist  
36 der Gender-Budgeting-Ansatz essentiell. Dabei gilt es, innerhalb der  
37 ministeriellen Ausgaben die Auswirkungen auf alle Geschlechter genau unter  
38 die Lupe zu nehmen und Geschlechtergerechtigkeit als Voraussetzung für  
39 alles, beispielsweise zur Auswahl von Projekten bei Ausschreibungen,  
40 ähnlich dem Klima-Check, einzuführen. Dazu wollen wir den Haushalt,  
41 Doppelhaushalt und Konjunkturpakete nach Gender-Budgeting-Richtlinien  
42 aufstellen sowie einen 2-jährigen Gender-Budgeting-Bericht einführen.

43 • Das Landesamt für Statistik soll bei der Datenerfassung ab dem  
44 nächstmöglichen Zeitpunkt die Kategorie „divers“ einführen, um die  
45 Vielfalt der Geschlechter besser abzubilden.

46 • Um die Gleichberechtigung innerhalb von Behörden weiter voranzutreiben,  
47 ist die Einführung von Pflichtweiterbildungen und Seminaren zur  
48 Gleichstellung und zur Prävention von Sexismus und sexualisierter Gewalt  
49 zunächst für Führungskräfte unumgänglich.

50 • Auch Fonds, in die das Land investiert, sollten auf ihre Auswirkung auf  
51 die Geschlechtergerechtigkeit geprüft werden.

52 • Um den Bereich der Gleichstellung in jedem Ressort mitdenken und  
53 bearbeiten zu können, braucht es Expertise und Kapazitäten. Eine  
54 hauptamtliche Gleichstellungsstelle in jedem Ministerium, die mit  
55 ausreichenden Stellenanteilen und Ressourcen ausgestattet ist und in  
56 Entscheidungsprozesse involviert wird, ist für eine umfängliche  
57 Gleichstellungsstrategie essentiell.

58 • Wir setzen uns für eine gendergerechte Sprache ein, auch in  
59 Gesetzestexten.

## 60 **Grüne Frauenpolitik für flächendeckende Sicherheit und Grundversorgung**

61 Ziel ist es, dass sich alle Menschen sicher im öffentlichen Raum fühlen, vor  
62 Gewalt geschützt werden und wir eine Gesundheitsversorgung vorhalten, die die  
63 Bedarfe aller Geschlechter angemessen berücksichtigt.

64 Mögliche Maßnahmen hierzu sind:

### 65 **Gesundheit**

66 • Drohende und bestehende Unter- und Fehlversorgung in  
67 geschlechtsspezifischen Bereichen der Gesundheitsversorgung müssen  
68 analysiert und behoben werden. Dazu gehört unter anderem die angespannte  
69 Situation im gesamten Sektor rund um Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett

- 70 oder auch die Tatsache, dass in den nächsten 10-15 Jahren rund ein Drittel  
71 aller niedergelassenen Frauenärzt\*innen in den Ruhestand gehen.
- 72 • Ungewollt Schwangere benötigen sicher und schnell fachliche Informationen  
73 und Beratung zu operativen und medikamentösen Abbrüchen. Sie brauchen  
74 einen gesicherten, zeitnahen Zugang zu einem Schwangerschaftsabbruch. Das  
75 Land muss seinem Versorgungsauftrag für die Beratungsstellen und  
76 Einrichtungen zur Vornahme von Schwangerschaftsabbrüchen nachkommen. Dazu  
77 wollen wir gemeinsam mit Fachärzt\*innenverbänden, Beratungsstellen und  
78 weiteren Beteiligten an der flächendeckenden Versorgung arbeiten sowie  
79 Unikliniken in die Versorgung einbeziehen.
  - 80 • Über den Ausschuss Rettungswesen (Bund-Länder Ausschuss) soll die  
81 rettungsdienstliche Ausbildung dahingehend geändert werden, dass  
82 geschlechtersensible Aspekte in der psychosozialen und medizinischen  
83 Betreuung abgedeckt werden.
  - 84 • Wir wollen Psychotherapie-, Sucht- und Psychiatrieplätze ausbauen und  
85 Hürden für neue geschlechtersensible Angebote in diesen Bereichen abbauen.
  - 86 • Kostenlose Hygieneprodukte sollen für alle öffentlichen  
87 Landeseinrichtungen finanziert werden.
  - 88 • Ein Lehrstuhl zu Gendermedizin soll eingerichtet werden, an diesem soll  
89 beispielsweise zu weiblicher Genitalverstümmelung aber auch zu  
90 geschlechtsspezifischen Ausprägungen und Behandlungsformen von Krankheiten  
91 geforscht werden.

## 92 **Sicherheit**

93 Wir bringen die Umsetzung der Maßnahmen und Ziele der Istanbul-Konvention  
94 konsequent voran. Das heißt:

- 95 • Frauenhäuser müssen gefördert und ausgebaut werden, denn die Zahl der  
96 schutzsuchenden Frauen steigt. Hierzu bedarf es neuer Kriterien, anhand  
97 welcher festgelegt wird, wo es Bedarf an Schutzräume gibt. Es braucht  
98 zudem Pauschalbeiträge, die gänzlich unabhängig vom Einzelfall sind und  
99 nicht an einen Sozialleistungsanspruch geknüpft sind. Kostenteilung darf  
100 nicht dazu führen, dass manche Kommunen aufgrund finanzieller  
101 Herausforderungen keine Schutzräume für Frauen anbieten können. Weiterhin

- 102 sollten die bürokratischen Prozesse bei der Aufnahme abgebaut werden, um  
103 Frauen zügiger Schutz bieten zu können.
- 104 • Wir werden Beratungsstellen für Opfer von häuslicher und sexualisierter  
105 Gewalt flächendeckend ausbauen und bedarfsgerecht ausstatten.
  - 106 • Wir wollen weitere 24h-Gewaltambulanzen in Vergewaltigungsfällen durch die  
107 Unterstützung von Rechtsmediziner\*innen zur Beweissicherung landesweit  
108 einführen.
  - 109 • Beratungsangebote, Forschungsarbeit und Monitoring zu Hate Speech,  
110 Cybersicherheit, sexualisierter Gewalt und Antifeminismus sollen ausgebaut  
111 und an den digitalen Raum angepasst werden.
  - 112 • Mädchen und Frauen mit Behinderung brauchen besonderen Schutz vor Gewalt.  
113 Bewährte Strategien der Prävention oder Bewältigung von sexualisierter  
114 Gewalt können nicht unmittelbar auf die Situationen behinderter Frauen  
115 übertragen werden. Daher müssen neue und angepasste Schutzstrategien  
116 entwickelt und gefördert werden.
  - 117 • Wir setzen uns für verpflichtende Fortbildungen zur Sensibilisierung von  
118 Blaulichtbereichen ein (Feuerwehr, Polizei, Notdienst) zur Erkennung von  
119 Anzeichen für häusliche oder sexualisierte Gewalt und zum Umgang damit.
  - 120 • Wir möchten verstärkt in die Täter\*innenprävention investieren und  
121 psychotherapeutisches Angebot ausbauen. Darüber hinaus braucht es auch  
122 Präventionsangebote für Menschen, die Neigungen zu Gewalt o.ä. bei sich  
123 wahrnehmen, aber noch keine Straftat begangen haben.
  - 124 • Den Kommunen und/oder Landkreisen soll ein Raster zum subjektiven  
125 Sicherheitsempfinden im öffentlichen Raum zur Verfügung gestellt werden,  
126 um Aspekte wie Beleuchtung und Belegung zu evaluieren und entsprechende  
127 Gegenmaßnahmen in die Wege zu leiten.
  - 128 • Wir kämpfen entschieden gegen Menschenhandel und sexuelle Ausbeutung.  
129 Menschen in der Prostitution wollen wir vor Ausbeutung und Ausgrenzung  
130 schützen. Deshalb werden wir Beratungsangebote ausbauen und  
131 Ausstiegsprogramme, die Alternativen aufzeigen, finanziell besser  
132 ausstatten.

### 133 **Integration**

- 134 • Geflüchtete Frauen müssen direkt bei der Aufnahme entlastet und  
135 unterstützt werden. Dazu sollte das Land kommunale Heime und Träger vor  
136 Ort sowie die Landeserstaufnahmestellen mit Angeboten für Psychotherapie,  
137 Kinderbetreuung, ärztliche Behandlung und ausreichenden Hygieneartikeln  
138 ausstatten und finanziell stärken.
- 139 • Wir GRÜNEN wollen verstärkt auf Bundesebene für sichere, legale Fluchtwege  
140 für Frauen aus Kriegsgebieten einstehen und Ländern, in denen Frauenrechte

141 systematisch verletzt werden. Dazu gehört auch die Anerkennung von  
142 geschlechtsspezifischer Verfolgung als Fluchtgrund.

143 • Sprachkurse für geflüchtete Frauen sollen barrierefrei gestaltet werden,  
144 indem u.a. Kinderbetreuung bei Angeboten mitgedacht wird.

145 • Wir setzen uns für eine Übersetzung der Formulare und Informationen zu  
146 Sozial- und Gesundheitsleistungen in alle relevanten Sprachen ein. Dies  
147 würde vor allem weiblichen Geflüchteten und Migrantinnen zugutekommen, die  
148 meist weniger Zeit oder Zugang zu Sprachförderung haben und stärker unter  
149 sozialer Isolation leiden.

### 150 **Grüne Frauenpolitik zur Stärkung von Demokratie und Teilhabe**

151 Ziel ist es, die Teilhabe am öffentlichen Leben und am demokratischen  
152 Miteinander allen Geschlechtern in unserer Gesellschaft zu ermöglichen.

153 Mögliche Maßnahmen hierzu sind:

#### 154 ***Bildung und Wissenschaft***

155 • Wir setzen uns gemeinsam mit dem Kultus-, Wirtschafts- und  
156 Wissenschaftsministerium in der Berufsorientierung an Schulen für eine  
157 verstärkte Bewerbung von MINT-Berufen und überwiegend männlich belegten  
158 Ausbildungen für junge Frauen ein.

159 • Schulleitungen sind potenzielle Multiplikator\*innen für mehr  
160 Gleichstellung. Hierzu bedarf es mehr Weiterbildungs- und  
161 Sensibilisierungsangeboten zum Thema Gleichstellung und Prävention von  
162 Sexismus und sexualisierter Gewalt die sich auch an Lehrkräfte und  
163 Schüler\*innen richten.

164 • Wir wollen den Frauenanteil in den Hochschulräten auf 50% anheben und eine  
165 breitere Definition dieser 50% ermöglichen, um auch diverse Menschen zu  
166 berücksichtigen.

167 • Das Land fördert Studien, Programme und Maßnahmen zur Bekämpfung der  
168 "Leaky Pipeline", einen mit jeder Karrierestufe abnehmende Frauenanteil,  
169 die für unsere Wissenschafts- und Hochschullandschaft prägend ist.

170 • Stereotype Vorstellungen von und Erwartungen an Jungen und Mädchen, sind  
171 Grundlagen für die Benachteiligungen zwischen den Geschlechtern. Diesen  
172 können und müssen wir bereits früh im Bildungszyklus entgegenwirken. Der  
173 Bildungsplan für Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt aus dem Jahr 2016 ist  
174 sicherlich ein guter Ansatz, muss aber weiterentwickelt werden und unter  
175 anderem über die Aus- und Fortbildung des pädagogischen Personals Eingang  
176 in die Praxis finden.

## 177 **Partizipation**

- 178 • Wir möchten Projekte zur Förderung der Partizipation von Mädchen und  
179 jungen Frauen in der Politik stärken, beispielsweise in  
180 Jugendgemeinderäten.
- 181 • Anreize und Beispiele weiblicher Vorbilder auf Informations- und  
182 Kommunikationsmaterialien sollen geschaffen werden, vor allem in  
183 überwiegend männlich geprägten Bereichen wie beispielsweise der  
184 Freiwilligen Feuerwehr.
- 185 • Wir setzen uns für eine Stärkung der Polizei- und Bürger\*innenbeauftragten  
186 durch personelle und sachliche Mittel, sowie einem Recht auf  
187 Akteneinsicht, Auskunft gegenüber der Polizei, und Zutritt zu allen  
188 öffentlichen Einrichtungen ein.
- 189 • Wir wollen uns auf allen politischen Ebenen für die rechtlich-gesicherte  
190 Einführung paritätischer Listenaufstellungen einsetzen.
- 191 • Die Förderung sowie Teilhabemöglichkeiten von Frauen und Mädchen in  
192 Sportvereinen sollen gestärkt werden.
- 193 • Neue niedrigschwellige Angebote bei Bürger\*innenbeteiligungen sollen  
194 geschaffen werden, um beispielsweise digital eine schnelle und  
195 unkomplizierte Einbringung zu ermöglichen, denn Frauen haben (u.a. durch  
196 höhere Zeitinvestitionen von Care-Arbeit) durchschnittlich weniger Zeit im  
197 Alltag.

## 198 **Klima und Verkehr**

- 199 • Wir möchten nachhaltige Mobilität weiter ausbauen, da Frauen  
200 überdurchschnittlich von einem gut ausgebauten ÖPNV und sicheren Fuß- und  
201 Radwegen profitieren.
- 202 • Bei der Verkehrsplanung sollen verstärkt komplexe Wegketten berücksichtigt  
203 werden (z.B. Kita, Schule, Sportverein, Einkauf), die aktuell vor allem  
204 von Frauen zurückgelegt werden.
- 205 • Wir wollen unterschiedliche Konsequenzen und Herausforderungen für Frauen  
206 in der neuen Anpassungsstrategie zur Klimakrise für Baden-Württemberg  
207 berücksichtigen.
- 208 • Energiegenossenschaften und Bürger\*innenenergie sollen weiter gestärkt  
209 werden, denn diese Modelle sind oft Orte des gleichgestellten Engagements  
210 von Frauen, u.a. aufgrund ihrer demokratischen Strukturen.
- 211 • Der Landesentwicklungsplan sollte so überarbeitet werden, dass  
212 Geschlechteraspekte, insbesondere die Lebensrealitäten von Frauen,  
213 berücksichtigt werden. Es braucht eine feministische Raumplanung, die  
214 beispielsweise Wohnkontingente für Alleinerziehende, Housing First Ansätze

215 sowie Rückzugsräume für Frauen in öffentlichen Einrichtungen wie  
216 beispielsweise Bahnhöfen mitdenkt.

217 **Grüne Frauenpolitik für gute Arbeit**

218 Ziel ist es, den Gender-Pay-Gap, die Minijobfalle und weitere  
219 arbeitsmarktpolitische Schiefagen in Baden-Württemberg gemeinsam mit unserer  
220 Bundesregierung zu beheben.

- 221 • Wir wollen bezahlte und unbezahlte Care-Arbeit aufwerten und anerkennen.  
222 Dazu gehört unter anderem die Pflege zu stärken, deren Ausstattung zu  
223 verbessern und mehr Einstellungen durch Anreize und berufsbegleitende  
224 Modelle zu ermöglichen. Besonders setzen wir uns für eine  
225 Besoldungserhöhung von mehrheitlich weiblichen Berufsgruppen ein, für die  
226 das Land Arbeitgeber ist.
- 227 • Wir wollen den Hebammenberuf attraktiver gestalten sowie weiter  
228 unterstützen (sowohl während der Ausbildung sowie als Arbeitnehmer\*in mit  
229 besseren Arbeitsbedingungen und höheren Löhnen).
- 230 • Das Landestariftreue- und Mindestlohngesetz soll geändert werden, um  
231 regionale Tarifverträge einzuführen sowie den vergabespezifischen  
232 Mindestlohn (jeweils die unterste Entgeltgruppe des Tarifvertrags des  
233 öffentlichen Diensts) einzuführen.
- 234 • Zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Ehrenamt treiben wir den  
235 Ausbau der Kinderbetreuung voran.
- 236 • Der im Koalitionsvertrag angekündigte Lohnatlas für Baden-Württemberg, um  
237 regionale und branchenspezifische Lohnungleichheiten zu beleuchten, muss  
238 angegangen werden.
- 239 • Frauen sind als Unternehmerinnen unterrepräsentiert. Daher müssen wir  
240 Frauen als Gründerinnen und Unternehmerinnen fördern und stärken.
- 241 • Wir wollen Schutzmaßnahmen für saisonale Fachkräfte in der Landwirtschaft  
242 sowie ausländische Pflegefachkräfte ausweiten, indem beispielsweise  
243 bestehende Anlauf- und Beratungsstellen ausgebaut und Dolmetscher\*innen  
244 eingesetzt werden. Der Beratungsbedarf wird mit Blick auf die zahlreichen  
245 Frauen aus der Ukraine weiter steigen und es gilt, diese Frauen vor  
246 prekären Arbeitsbedingungen zu schützen.
- 247 • Wir wollen die Teilzeitausbildungsmöglichkeiten in Baden-Württemberg  
248 stärken, inklusive in dualen Hochschulen und eine Erweiterung des  
249 Netzwerks Teilzeitausbildung auf weitere Bereiche, die über die sozialen

- 250 Berufe hinausreichen. Dies sollte mit entsprechender finanzieller und  
251 struktureller Unterstützung einhergehen.
- 252 • Das Programm „Kontaktstellen Frau und Beruf“ zum Wiedereinstieg in das  
253 Berufsleben, sowie anderer Förderprogramme des Landes mit Bezug auf Beruf  
254 und Geschlecht sollen evaluiert werden.
- 255 • In der Arbeitslosenstatistik des Landesamt für Statistik sollen zukünftig  
256 zusätzliche Informationen und Details mit veröffentlicht und transparent  
257 kommuniziert werden, wie z.B. die Zahl der Minijobs, um  
258 geschlechtsspezifischer Unterbezahlung oder Altersarmutsgefährdung  
259 strukturell frühzeitig entgegenzuwirken.